

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/183

Bonn, den 7. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Verschärfung</u> Die letzte Sowjetnote und die Reaktion des Westens	33
2	<u>Um das Recht des deutschen Volkes</u> Zum Tag der Heimat der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik	51
3 - 4	<u>Essen</u> Zum Abschluß des Metallarbeiterkongresses	71
5 - 6	<u>Noch miserabler</u> Arbeitsministerium kontra Arbeitsministerium Von Konrad Schayer	86
7	<u>Die Rache Sukarnos</u> Mißachtung der Weltmeinung	30

Chefredakteur Günter Markschaffel
(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Verschärfung

Die letzte Sowjetnote und die Reaktion im Westen

sp - Scharf ist die Reaktion der Westmächte auf die in der letzten Sowjetnote enthaltenen Unverschämtheiten und Verdrehung von Tatsachen. Offensichtlich denkt der Kreaml nicht daran, von sich aus lindernd auf die durch die Kauer und Ulbrichts Schiessbefehl entstandene Lage in Berlin einzuwirken. Er lehnt die von den Westmächten vorgeschlagenen Verhandlungen über Berlin ab und beharrt auf seinem "Friedensplan" für ganz Deutschland, der, würde er Wirklichkeit, die Dreiteilung unseres Volkes für unübersehbar lange Zeit besiegelte. Auf einen solchen Plan können und werden sich die Westmächte niemals einlassen, käme doch damit eine Entwicklung ins Rutschen, von der niemand weiss, wo und wie sie enden würde.

Die Note macht offenbar, dass die Sowjetunion in der Berlin- und Deutschlandfrage ihre bisherige Haltung noch mehr versteifen will, obwohl sie wissen muss, dass sie nicht in der Lage ist, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben. Hier stösst sie auf Granit. Die Note lässt stärker als frühere sowjetische Verlautbarungen die Absicht erkennen, vor der Weltöffentlichkeit Berlin als Unruhestifter abzustempeln, den es zu beseitigen gilt. Es wird nicht genügen, darauf nur defensiv und nur mit Protesten zu antworten. Die Bundesregierung könnte und müsste den ersten Anstoss zur Offensive geben, etwa durch die Anrufung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Warum macht sich die Bundesregierung nicht den Gedanken der Einberufung einer vorbereitenden Friedenskonferenz zu eigen? Eine solche Konferenz mit den Teilnehmern aller Staaten, die im Kriege gegen Deutschland standen, wäre die geeignete Plattform, vor der ganzen Welt die Friedensliebe des deutschen Volkes zu bekunden. Auch wir wollen den Frieden und, um in sowjetischer Terminologie zu sprechen, die Liquidierung der Folgen des zweiten Weltkrieges, nicht aber die Zementierung des Unfriedens und der Spaltung unseres Volkes für alle Zeiten. Das überzeugend klarzumachen, fiel bestimmt nicht schwer und wäre eine wirksame Antwort auf die Bemühungen der Sowjetunion, die Friedenssehnsucht der Völker als Waffe gegen unser Volk zu missbrauchen.

Um das Recht des deutschen Volkes

Der - Den Berliner Kundgebungen am Tag der Heimat werden an diesem Wochenende ähnliche Veranstaltungen in der ganzen Bundesrepublik folgen, und es werden der gleiche Geist und das gleiche Wollen zu spüren sein, wie sie in Berlin zu verzeichnen waren. Über ein Viertel des deutschen Volkes lebt heute außerhalb seines angestammten Bodens, Opfer von Haß und blinden entfesselten Leidenschaften, Haß und Rache such sind den Vertriebenen und Flüchtlingen fremd. Diese Worte stehen nicht in ihrem Vokabular, sie eignen sich nicht für die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung und für den Bau eines Europas, das auf der Grundlage der Gerechtigkeit einer friedlichen Gemeinschaft aller Völker aufgebaut werden soll. Die Initiatoren der Vertreibung hofften durch die Entwurzelung von vielen Millionen Menschen im Herzen Europas einen ewigen Unruheherd zu schaffen, sie glaubten, zwischen Einheimischen und Vertriebenen würde sich ein das ganze deutsche Volk zerreißender Gegensatz aufbauen. Das ist nicht eingetreten, die Heimatvertriebenen erwiesen sich nicht als ein zersetzendes oder anfälliges Element, sondern als ein Ordnungsfaktor ersten Ranges. Der Wiederaufstieg unseres Volkes - soweit es sich frei entfalten konnte - wäre nicht denkbar ohne den Fleiß, die Tüchtigkeit und den zähen Behauptungswillen der Schlesier, der Pommern, der Ost- und Westpreußen, der Städtendeutschen und all der anderen Landsmannschaften, die an diesem Wochenende ihrer geraubten Heimat gedenken.

Die Organisationen der Vertriebenen stehen seit vielen Jahren im Mittelpunkt der kommunistischen Propaganda. Sie gelten als Herd des Revanchismus und Militarismus und eines Rachegeistes, der den Frieden bedroht. Man kann und soll darüber zur Tagesordnung übergehen. Nichts liegt den Vertriebenen und Flüchtlingen ferner als Gleiches mit Gleichem zu vergelten und die Schrecken der Vergangenheit zu wiederholen. Ihr Sinn, ihr Wollen und ihre politischen Energien richten sich auf die Überwindung des Nationalismus, der soviel Unheil über die europäischen Völker gebracht hat und auf die Herstellung einer Friedensordnung, die Gewalt als Mittel zur Lösung politischer Probleme ausschaltet. Aus diesem Grunde bejahen die Vertriebenen die Charta der Vereinten Nationen und setzen sich für sie mit Nachdruck und Leidenschaft ein. In der Verwirklichung dieser Charta liegt ein Stück Zukunftshoffnung.

Zum zweiten Mal blieb es den in Mitteleuropa Lebenden Heimatvertriebenen verwehrt, den Tag der Heimat gemeinsam mit ihren Schicksalgefährten zu begehen. Zwischen ihnen steht die Todesmauer in Berlin. Sie rahmt alle Deutschen, das Trennende hinterher zu stellen und das uns allen Gemeinsame zur Richtschnur unseres Denkens und Tuns zu erheben. Was jenseits der Mauer geschieht, kann uns allen geschehen. Den Zusammenhalt der Nation bewahren, ihn zäh verteidigen, das ist die Antwort, die die Mauer und deren Herausforderung von uns allen verlangt. Noch stehen wir erst am Beginn der Bewährungsprobe und künftige Generationen werden uns danach messen, wie wir sie bestanden haben. Der Tag der Heimat ist deshalb mehr als nur ein Erinnerungstag für Vertriebene und Flüchtlinge und geht nicht allein deren Verbände und Organisationen an. Er ist Ausdruck einer das ganze Volk umfassenden Schicksalsgemeinschaft, aus der es kein Entfliehen gibt. Im großen Gespräch unseres Volkes, das wir alle miteinander zu führen haben, sind die Heimatvertriebenen ein gewichtiger Partner.

Essen

Zum Abschluß des Metallarbeiterkongresses

Die IG Metall und ihr 7. Ordentlicher Gewerkschaftskongreß in Essen hat viel öffentliches Interesse gefunden. Die Publizistik verfolgte aufmerksam die Verhandlungen im Gegensatz zur Repräsentanz der offiziellen Politik, die diesen Gewerkschaftstag offensichtlich schnitt. Sie schmälerte damit nicht die politische Bedeutung, die trotz allem diesem Kongreß zukommt. Er hat nicht nur für den Bereich der eigenen 1,65 Millionen Mitglieder und ihrer Familienangehörigen, sondern auch als stärkste und agilste Gewerkschaft im DGB die Richtlinien der Gewerkschaftspolitik kommender Jahre maßgeblich beeinflußt. Er hat darüber hinaus in seinen kritischen Betrachtungen und Entschlüssen auch Wählermeinung gebildet. Wenn es die offizielle Politik darauf angelegt hat, in der bereits gespannten sozialen Situation die Fronten zu verhärten, so kann sie das tatsächlich als Erfolg für sich buchen.

Dabei ist gerade auf diesem Kongress besonders stark das Bemühen der Gewerkschaften deutlich geworden, den Prozeß ihrer schleichenden Ausgliederung aus Staat und Gesellschaft aufzuhalten, die Tendenz zur Einordnung zu verstärken. Er konnte die offizielle Ignoranz, besonders nach den bekanntgewordenen Absichten, mittels Sondergesetzen die gewerkschaftlichen Rechte zu beseitigen, als gewollte Provokation werten.

Aber die gespannt jede Regung des Kongresses beobachtende Publizistik schien enttäuscht. Sie hörte zwar die erwarteten scharfen Töne und Angriffe auf die offizielle Politik, doch diese kamen prononcierter aus den Kreisen der Delegierten, also aus dem Land und den Betrieben, als aus den Reihen der Gewerkschaftsleitung, die fundierter und zwar scharf, aber abgewogener formulierte.

Gemäßigte Forderungen

Der Tenor dieses Kongresses war die auch den Aufbauleistungen der letzten anderthalb Jahrzehnten berechtigte Forderung auf endliche volle Eingliederung der Arbeitnehmer in eine in allen ihren Lebensbereichen demokratisch organisierte Gesellschaft. Was sollte sich eine wahrhaft demokratische Staatsführung eigentlich besseres wünschen? Das diesem Wollen nicht nur Ignoranz, sondern offenbar Widerstand entgegengesetzt wird, ja der Versuch gewagt wird, die vorhandenen Rechte der Gewerkschaften einzuschränken, spricht nicht gegen die Gewerkschaften, sondern gegen jene, die vorgeben, die Demokratie zu repräsentieren.

"Nichts Neues gesagt" - so wurde kommentiert, als Vorstandsmitglieder und Delegierte ihre Ansichten und Forderungen vorgetragen hatten. Sicher, die noch nicht erreichten Ziele, die Mitbestimmung in

allen großen Betrieben aller Wirtschaftsbereiche und in allen Unternehmensformen, überbetriebliche Mitbestimmung bis zu einem Bundeswirtschaftsrat, Streichung der die Mitbestimmung einengenden Paragraphen in den bestehenden Gesetzen und Ausbau eines völlig neuen, die Mitbestimmung respektierenden Unternehmensverfassungsrechts - sie alle sind nicht neu. Ebenso wenig neu ist die Forderung nach öffentlicher Kontrolle der Großunternehmen, ihrer Überführung in Gemeinwirtschaft, Widerstand gegen Privatisierung öffentlichen Wirtschaftsvermögens, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Nationalbudget und Rahmenplanung. Sie alle sollen die Konjunktur aufrechterhalten, die Wirtschaftsstruktur und die Vollbeschäftigung sichern. Bei allem aber sollen die Mitbestimmungsorgane mitwirken. Das hat man zwar früher schon gehört, aber ein solcher Katalog zeigt nur den Umfang der Versäumnisse, ja unerfüllten Versprechen der Regierungsparteien in den ersten Aufbaujahren. Sie verleugnen heute nicht nur, was sie einst selbst für eine demokratische Ordnung unumgänglich hielten, Sie möchten auch abbauen, was sie einst zugestanden und das Rad der Geschichte zurückdrehen. Der Koalitionsvertrag ist die Barkrotterklärung der Rechtsstaatlichkeit sozialer Demokratie, wenn nicht stärkere demokratische Kräfte in diesem Volk seine Durchführung verhindern.

Die Rolle der parlamentarischen Opposition

Verhindern? Und hier lag der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit für die Beobachter dieses Kongresses. Sie warteten auf eine bestimmte Kampfansage gegen die parlamentarische Entscheidung, die gewerkschaftliche Rechte beschneiden soll. Der bloße Appell an die Verantwortung der Parlamentarier hat sie enttäuscht. Sie brauchten mehr, um die politische Indifferenz in unserem Volk gegen die Gewerkschaften in Stimmung zu bringen und die Notwendigkeit eingeschränkter gewerkschaftlicher Rechte zu rechtfertigen. Aber sie sollten diesen Appell an die Verantwortung des Parlaments nicht zu leicht nehmen. Sie behalten auch das, was nachher kommt; die Folgen eingeschränkter Grundrechte der Demokratie, an die heute die Ja-Sager zu Hitlers Ermächtigungsgesetz nicht gern erinnert werden. Es wird dennoch die Aufgabe der Gewerkschaften bleiben, für die eigenen Rechte und die Grundrechte der Verfassung überhaupt einzustehen - nachdem vielleicht gewisse Parlamentarier die Demokratie wieder einmal verraten haben.

Aber hier - wie in anderen politischen Bereichen - sollte die geschichtliche Erfahrung die Gegner schrecken. Und hier ist durch die verfassungsmäßige Position einer starken parlamentarischen Opposition die Chance gegeben, daß es nicht zum Äußersten kommt. Auch dieses Bewußtsein hat zur abgewogeneren Betrachtung der Sachlage und ruhigerem Verhalten geführt. Es war aber auch einkalkuliert die Tendenz der Wählerentscheidungen, die in allen Wahlen der jüngsten Zeit dominierte. Sie bietet Aussicht, mit parlamentarischen Mitteln den Zielen näher zu kommen, die zwar "nicht neu", aber deswegen nicht weniger aktuell sind.

Noch miserabler

Von Konrad Schayer

Der Vorhang hat sich gehoben. Mit der Veröffentlichung von Blanks Krankenkassen-Gesetzentwurf in der überarbeiteten neuen Fassung hat die zweite Vorstellung begonnen. Das Stück war in der vergangenen Legislaturperiode durchgefallen. Ein Erfolg wird es auch diesmal nicht werden.

Wer darüber noch im Zweifel sein sollte, braucht sich bis3 die Vorlage etwas genauer anzusehen, um eines Schlechteren belehrt zu werden. Wie bei dem gescheiterten Vorgänger bildet die Einführung einer empfindlichen Selbstbeteiligung das Kernstück von Blanks neuer Vorlage. Die hauptsächlichen Unterschiede zwischen den Kostenbeteiligungsregelungen der beiden Vorlagen gehen aus der folgenden Übersicht hervor (GE = Gesetzentwurf):

1. Selbstbeteiligung an den Arztkosten

alter GE: Für jede ärztliche und zahnärztliche Leistung sind Zuzahlungen in Höhe von DM 1,50 zu leisten bis zum Ablauf der 6. Woche der Behandlung wegen derselben Krankheit, für Kinder die Hälfte. Ein Höchstbetrag, der DM 15,- übersteigen muß, kann von der Kasse festgesetzt werden. Bei Schwangerschaft und in besonderen Härtefällen entfällt die Zuzahlungspflicht.

neuer GE: Allen Versicherten - Frauen, Kinder und Rentner eingeschlossen - wird ohne Rücksicht auf Dauer und Schwere der Krankheit eine Selbstbeteiligung in Höhe von 25 Prozent der Kosten der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung auferlegt, die von einem Sonderbeitrag in Höhe von 2 Prozent des versicherungspflichtigen Arbeitsentgelts bzw. der Rente abgehalten wird. Höchstbetrag 180,- DM jährlich. Die Selbstbeteiligung entfällt lediglich bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei der Entbindung.

2. Selbstbeteiligung an Arznei- und Verbandemittelkosten

alter und

neuer GE: Bei Abgabe von Arznei- und Verbandemitteln sind 10 v.H. der Kosten der Verordnungen auf dem Verordnungsblatt, mindestens 1,- DM, höchstens 3,- DM zu zahlen, jedoch nicht mehr als die tatsächlichen Kosten; ein Verordnungsblatt darf nicht mehr als drei Verordnungen enthalten. In Härtefällen ist Zahlungsbefreiung möglich.

3. Selbstbeteiligung an den Kosten von Heilmitteln und Brillen

alter GE: Bei der Gewährung von Heilmitteln und Brillen ist eine Kostenbeteiligung zu entrichten, es sei denn, daß Zuschüsse gewährt werden.

neuer GE: Bei Abnahme von Heilmitteln und Brillen sind 10 bis 30 v. H. der Kosten zu entrichten.

4. Selbstbeteiligung an den Kosten der Krankenhauspflege

alter GE: Bei Krankenhausaufenthalt haben Versicherte je nach ihrem Einkommen DM 1.-- bis DM 3.30 für jeden Krankenhauspflegetag zu zahlen, mitversicherte Frauen und Kinder die Hälfte.

neuer GE: Für Versicherte, Frauen und Kinder eingeschlossen, sind bei Krankenhauspflege für jeden Pfllegetag 15 v.H. der Pflegekosten zu zahlen, das entspricht heute einem monatlichen Betrag von rund 100.-- DM.

Allein für die ärztliche und zahnärztliche Behandlung werden Versicherte und Rentner nach Blanks neuer Vorlage rund 700 Millionen DM im Jahr als Selbstbeteiligung aufzubringen haben. Ferner sind von den Versicherten wegen des äußerst komplizierten Abrechnungssystems zusätzliche Verwaltungskosten aufzubringen, die Dr. Voges, der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung, auf rund eine halbe Milliarde DM jährlich beziffert hat.

Das vorgeschlagene Kostenbeteiligungssystem stellt eine Kombination des Prinzips der Beitragsrückerstattung mit der prozentualen Kostenbeteiligung dar. In der im Jahre 1959 zum Zwecke der Propagierung von Blanks erster Vorlage in Großauflage veröffentlichten Schrift "Wer soll das bezahlen?" haben die Verfasser aus dem Hause des Bundesarbeitsministeriums über diese Prinzipien der Kostenbeteiligung folgendes Urteil gefällt:

"Die Beitragsrückgewähr stellt eine zusätzliche Leistung der Versicherung dar. Die Kosten für diese Leistung müssen wegen des Ausgleichs von Einnahmen und Ausgaben in der Krankenversicherung durch zusätzliche Beiträge erst vorher aufgebracht werden. Abgesehen davon, daß es wenig sinnvoll erscheint, erst Geld einzunehmen und dann wieder zurückzugeben, Beitragsrückerstattung führt zu höheren Beiträgen, und das... wollen wir alle nicht! - Das System der Beitragsrückerstattung ist auch gesundheitspolitisch gefährlich, da es die Verschleppung von Krankheiten begünstigen kann."

Als besonderer Nachteil der prozentualen Kostenbeteiligung wird herausgestellt, "daß sie den Versicherten bei schweren Erkrankungen verhältnismäßig härter trifft als bei leichteren Erkrankungen."

Die sozial- und gesundheitspolitischen Bedenken aus dem Hause des Bundesarbeitsministeriums haben nach wie vor Geltung. Durch Blanks neue Vorlage sind Schwerkranke und Familien mit Kindern sowie Unfallverletzte und Rentner besonders hart betroffen. Gesundheitsvorsorge wird für breite Schichten der Bevölkerung illusorisch, wenn für eine ärztliche Untersuchung zur Früherkennung von Krankheiten bei einem Arzthonorar von 30.-- DM eine Selbstbeteiligung in Höhe von rund 7.50 DM entrichtet werden soll. Dr. Claussen, der Staatssekretär im Hause Blanks, meinte vor der Presse, daß der gescheiterte erste Gesetzentwurf "vielleicht besser als der jetzt vorliegende zweite" gewesen sei. Offenherziger drückte sich der hessische Arbeitsminister Heinrich Hensath aus. "Blanks neue Vorlage" sagte er schlicht, "ist noch miserabler."

Die Rache Sukarnos

sp - Seit Anfang dieses Jahres hält der indonesische Staatspräsident Sukarno frühere Kampfgefährten, die mit ihm um die Wiedererringung der Unabhängigkeit dieses Inselreiches kämpften, in einem früheren japanischen Konzentrationslager gefangen. Unter den widerrechtlich Festgenommenen befindet sich ein so unerschrockener Vorkämpfer für die Freiheit seines Landes wie Sutan Sharir, einst Ministerpräsident und Vorsitzender der sozialistischen Partei Indonesiens bis zu ihrer von Sukarno verfügten Auflösung. Sein Los teilen ehemalige Minister und Mitglieder des Parlaments. Die Sozialistische Internationale, wie auch Erich Ollenhauer haben seinerzeit in an Sukarno gerichteten Briefen gegen diese willkürlichen Verhaftungen protestiert und ihn gebeten, die Inhaftierten wieder freizulassen.

Das "Verbrochen" der Verhafteten bestand in ihrer Kritik an Sukarno und seiner Innen- und Aussenpolitik. Der indonesische Staatspräsident erließ zwar kürzlich anlässlich der Feiern des Unabhängigkeitstages eine Amnestie, sie erstreckte sich jedoch nur auf Kommunisten und Kriminelle. Sharir und seine Freunde wurden davon ausgenommen. Die Internationale Juristenkommission, eine 40 000 Juristen, Völkerrechtler und Richter aus 60 Ländern umfassende Organisation, die wiederum eng mit dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen zusammenarbeitet, hat kürzlich in einer Presseveröffentlichung auf diese dunkle Seite der Sukarno-Herrschaft hingewiesen. Die Behandlung, die Sukarno seinen politischen Gegnern zuteil werden läßt, steht im Widerspruch zu den Menschenrechten und zu den in der UNO verankerten Prinzipien.

Sukarnos Rache trifft indonesische Patrioten und Demokraten. Mag auch der Protest der Sozialistischen Internationale und der Internationalen Juristenkommission zunächst ohne Wirkung bleiben, auf lange Sicht kann es sich auch Sukarno nicht gestatten, die Weltmeinung zu mißachten.